Living Democracy! Ein (Schweizer) Europaratsprojekt

Eine Lehrmittelreihe, die aus einem Konflikt geboren wurde und dank europäischer Netzwerke realisiert wird.

Im Europarat gibt es seit Jahren eine breite Diskussion zur Frage, wie im schulischen und ausserschulischen Lernen die Zivilgesellschaft gestützt und ausgebaut werden kann. Dieser Ansatz ist unter dem Namen EDC - Education for Democratic Citizenship – bekannt geworden. Die hier vorgestellte Lehrmittelreihe gehört zu diesem Ansatz und soll auch ungeübte Lehrpersonen und Schulleitungen dabei unterstützen, die Schule und den Unterricht entsprechend zu gestalten. Sie wird vom Europarat herausgegeben, durch das Institut IPE an der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) realisiert und von der DEZA teilfinanziert. In englischer Sprache verfasst wird diese Reihe für alle Mitgliederstaaten des Europarates zur freien Übersetzung zur Verfügung stehen.

Es ist immer wieder spannend, zu sehen, welche Wege Lehrmittel nehmen, bis sie auf Pulten von Schülerinnen und Schülern, in Gestellen von Mediotheken, in Schubladen von Ministerien liegen. Wo entsteht ein erster Gedanke? Welche Kooperationen müssen spielen oder neu entstehen? Welche Kompetenzen werden genutzt, benutzt oder erarbeitet? Das hier vorgestellte Lehrmittelprojekt hat eine ganz eigene Geschichte. Es geht um Lehrmittel im Bereich der politischen Bildung und der Menschenrechtsbildung, die unter schwierigen und schlimmen Bedingungen angestossen worden sind. Nach dem katastrophalen Bürgerkrieg in Bosnien und dem Friedensschluss im November 2005 wurde deutlich, dass speziell Lehrpersonen nach den langen Jahren der Isolation Unterstützung wollen und brauchen. Eine zerrissene Gesellschaft, Tausende von Vermissten und Toten,

neue ethnische Zusammensetzungen in Schulen. Ouartieren und Gemeinden, der Umbau der Gesellschaft von einer autoritären Denkweise in eine demokratische: Die Herausforderungen an die Schule und nicht nur an sie waren und sind immens. Im Laufe der letzten zehn Jahre haben Expertinnen und Experten aus vielen Ländern Europas nach vielen Kursen und Seminarien vor Ort Materialien zur politischen Bildung erarbeitet, die in den Schulhäusern und Unterrichtsräumen als Demokratiebildung verstanden worden sind. Der Europarat hat 2007 dem Institut IPE (siehe Seite 9) an der PHZH den Auftrag erteilt, aus bestehenden und neu zu schaffenden Materialien eine sechsbändige Lehrmittelbox für die unterschiedlichen Schulstufen der Volksschule zur Demokratiebildung zu erarbeiten. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) finanziert die Erarbeitung der Materialien. In den folgenden Abschnitten werden das hinter dieser Lehrmittelreihe stehende Konzept, aber auch grundsätzliche Fragen der politischen Bildung und der Demokratieförderung dargestellt.

Demokratiebildung als Ermutigung

Demokratiebildung in der Schule ermutigt und lehrt die Lernenden, eine aktive Rolle in der Schule und ihrer aktuellen Lebenswelt zu übernehmen. Die EDC-Handbücher zur Demokratiebildung widerspiegeln dieses Bedürfnis. Sie unterstützen die Lernenden beim Aufbau der nötigen Kompetenzen im Bereich von drei Dimensionen:

- Demokratiebildung beinhaltet erstens
 Unterricht zu den Themen Demokratie und
 Menschenrechte und vermittelt den
 Lernenden methodische Fertigkeiten für das selbstständige Lernen.
- Die Unterrichtsmethode muss zweitens in der Demokratiebildung der Botschaft entsprechen. Schule wird zum Ort gelebter Demokratie mit ihren Grenzen und Chan-

- cen. Meinungsfreiheit ist ein Menschenund Staatsbürgerrecht, das die Lernenden nicht nur kennen, sondern von dem sie in der Schule aktiv Gebrauch machen sollten. Auf diese Weise werden sie befähigt, als Erwachsene am öffentlichen Diskurs teilzunehmen, ihre Rechte zu vertreten und gleichzeitig ihre Pflichten wahrnehmen zu können. Das ist der pädagogische Grundsatz, der einen Unterricht im Sinne der Demokratie und Menschenrechte steuert.
- □ Die dritte Dimension der Demokratiebildung ist der Unterricht zur Förderung der Demokratie und der Menschenrechte.

 Lernen mit der persönlichen Freiheit und den damit verbundenen Grundrechten, aber auch Pflichten umzugehen, heisst auch lernen, an einer offenen und demokratischen Gesellschaft teilzuhaben. Damit verbunden ist die Achtung der Rechte und Verpflichtungen der anderen im Zusammenhang mit Fragen der Gleichstellung und des gegenseitigen Respekts.

Die Schule wird, das zeigt die Wahl der beschriebenen drei Dimensionen, mit den neuen Ansätzen der Demokratiebildung zum Lernund Handlungsraum. Das hat nicht nur mit aktuellen handlungsorientierten Zugängen in der Bildung zu tun. Bedeutsam ist dabei bestimmt, dass Demokratiebildung in Ländern mitentwickelt wurde, die sich im Übergang von einem autoritären Regime zu einer Demokratie befinden. In solchen politischen Konstellationen wird die Schule zum Mikrokosmos oder zur «micro-society». Dort kann gelernt und angewendet werden, was ausserhalb noch nicht oder nur in Ansätzen möglich ist. Als Beispiel sei hier Bosnien-Herzegowina erwähnt.

Vom Demokratiebildungsprojekt in Bosnien-Herzegowina zur Lehrmittelreihe

Nach den furchtbaren kriegerischen Ereignissen in Ex-Jugoslawien und speziell in Bosnien-Herzegowina wurde dem Europarat nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Dayton (Dezember 1995) schnell klar, dass

eine Region, die sowohl unter den Lasten einer durch den Krieg zerrütteten Gesellschaft als auch unter den Folgen eines wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozesses zu leiden hat, ein neues Modell einer Zivilgesellschaft zu entwickeln haben wird. Mit der «Education for Democratic Citizenship» (EDC) wurde ein entsprechendes Konzept für die Schulen formuliert, an dem

die PHZH mit seinem Institut massgeblich beteiligt war.

EDC und damit Demokratielernen folgt einer Vorstellung der Schule, die Schule als einen Teil des wirklichen Lebens versteht, als einen Ort authentischer und bedeutsamer Erfahrungen. Sie gehorcht wie jedes gesellschaftliche Subsystem eigenen Regeln, aber sie bietet zugleich den Lernenden die Chance, ihr Gemeinwesen aktiv zu gestalten, darin mitzubestimmen und Verantwortung zu übernehmen. Solche Vorstellung galt es in Südosteuropa und hier speziell in Bosnien in Lehrplanvorschläge und vor allem in Lehrmittel umzugiessen. Von zentraler Bedeutung war zudem die Ausbildung der Lehrkräfte eines neu geschaffenen Faches, deren Zertifizierung und damit offizielle Anerkennung durch die Bildungsministerien.



Kaliningrad: Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler testen das Medienkapitel aus dem Volume III: Living in Democracy (Sek I).

Szene aus einem Ausbildungsseminar in Bosnien-Herzegowina. Eine Lehrperson arbeitet sich in die Unterrichtsmaterialien ein und bereitet zugleich den eigenen Unterricht vor.

EDC: Ein klares didaktisches Konzept

Demokratische Systeme stützen sich auf aktive Demokratinnen und Demokraten. Wie man sich an einer Demokratie beteiligt, kann und muss gelernt werden. Die Komplexität des institutionellen Rahmens und der behandelten Fragen verlangen ein Minimum an Wissen und Verständnis. Am öffentlichen Diskurs teilnehmen, d.h. am Wettbewerb von Ideen und organisierten Interessen, setzt Fähigkeiten wie z.B. sich in der Öffentlichkeit äussern und verhandeln können voraus. Ob junge Menschen den ungeschriebenen Sozialvertrag, der der politischen Kultur demokratischer Gemeinschaften zugrunde liegt, verstehen und schätzen können, hängt von den Werten und Einstellungen ab, die sie erworben haben. Das zentrale Ziel der Demokratieund Menschenrechtsbildung ist, die Demokratie am Leben zu erhalten, indem sie die junge Generation dabei unterstützt, aktive Bürger und Bürgerinnen zu werden. Demokra-

Zentrales Ziel der Demokratie- und Menschenrechtsbildung: Partizipation in der Demokratie

Lernen	Unterrichten	Methoden	Schule
Wissen und	Unterrichten	handlungs-	«Schule als
Verstehen	– über	orientiertes,	Mikrogesellschaft»
	– durch	interaktives,	
Fertigkeiten	– für	kooperatives	In der Schule Lebens-
		Lernen	erfahrung sammeln
Einstellungen und	Demokratie und		wie im echten Leben
Werte	Menschenrechte	verbunden mit	
		Instruktion	
		Beratung	
		Training	
		 Demonstration 	
		durch die	
		Lehrperson	

Partizipation im Rahmen von Demokratiebildung ist von unterschiedlichen Dimensionen geprägt.

tie kann nicht ohne einen durch eine Verfassung geschützten institutionellen Rahmen funktionieren. Ganz allgemein kann man sagen, dass EDC unterschiedliche Lerndimensionen integriert, indem sie Situationen schafft, die Lernen im Unterricht und Lernen durch echte Lebenserfahrung einschliessen:

- □ «Über» Demokratie und Menschenrechte
- □ «Durch» Demokratie und Menschenrechte lernen
- □ «Für» Demokratie und Menschenrechte lernen

Diese drei didaktischen Ansätze der Demokratie- und Menschenrechtsbildung bilden ein Ganzes. In allem, was Lehrpersonen tun, sind alle drei Ansätze enthalten, die allen drei Lerndimensionen gerecht werden.

Lernen «über»

Bei diesem Ansatz ist die politische Bildung ein reguläres Schulfach. «Lernen über» bezieht sich auf die kognitive Dimension des Lernens. Die Standards des kognitiven Demokratielehrplanes beinhalten folgende Punkte: die Schüler und Schülerinnen können erklären, wie die Demokratie im Gegensatz zu anderen Staatsformen (Diktatur, Oligarchie) funktioniert; sie können die Tradition und Geschichte der Menschenrechte beschreiben, und sie können aufzeigen, wie einige dieser Menschenrechte Eingang in die nationalen Verfassungen gefunden haben und so den Status von Bürgerrechten erhalten, die stärker geschützt sind. Der Lehrplan muss deshalb Kurse in Demokratiebildung und eng verwandte Fächer wie Geschichte, Sozialwissenschaften und Wirtschaft beinhalten.

Lernen «durch»

Schüler und Schülerinnen sollen nicht nur über ihre Rechte in Bezug auf Partizipation Bescheid wissen, sondern diese auch brauchen können. Sie müssen deshalb praktische Erfahrungen sammeln und im Schulalltag, da wo es möglich und sinnvoll ist, Übungsmöglichkeiten erhalten, um an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Beispielsweise müssen Lehrpersonen ihren Schülern und Schülerinnen die Gelegenheit bieten, sich sowohl zu Themen in der Klasse als auch zu unter-

richtstechnischen Fragen oder zur Schulführung zu äussern. Wenn Demokratiebildung auf diese Weise verstanden wird, so bieten sie eher einen pädagogischen Leitfaden als einen eigentlichen Lehrplan und erfassen die ganze Schule, nicht nur die in diesem Bereich ausgebildeten Lehrpersonen. Werte wie Toleranz und Verantwortungsbewusstsein werden durch Erfahrung erworben. Vieles hängt davon ab, ob Lehrpersonen, und zwar alle Lehrpersonen in allen Fächern, überzeugende Vorbilder sind. Erfahrungen in der Schule müssen in Kategorien reflektiert werden und mit Kategorien und systematischen Arten des Verstehens verknüpft werden.

Lernen «für»

Diese didaktische Perspektive bezieht sich auf die Verbindung zwischen Schulerfahrungen und dem späteren Leben. Die Demokratiebildung geht davon aus, dass die Erfahrungen in der Schule einen Einfluss haben auf die allgemeine und politische Sozialisation. Es stimmt zwar, dass Bildung, einschliesslich des Lebens in der Schule, ein Subsystem darstellt, das ganz eigenen Regeln und Bedürfnissen folgt, und dass die hier gemachten Erfahrungen nicht direkt übertragbar sind. Auf der anderen Seite aber ist das Leben in der Schule auch Teil des wirklichen Lebens. Viele Erfahrungen, die die Lernenden in der Schule machen, werden ihnen auch im erwachsenen Leben wieder begegnen, wie z.B. Fragen zur Gleichstellung der Geschlechter, Integration von Menschen mit einem anderen ethnischen oder sozialen Hintergrund in die Gemeinschaft, Umgang mit Gewalt, Verantwortung übernehmen, ungleiche Machtverteilung und Ressourcenknappheit (wie z.B. Geld und Zeit), Regeln und Gesetze befolgen und Kompromisse akzeptieren. «Für» etwas lernen bezieht sich auf die Bedeutung der Bildung für das spätere Leben. Es ist die Aufgabe aller Lehrpersonen in allen Fächern, den Schülern und Schülerinnen die Möglichkeit zu geben, die für eine aktive Partizipation nötigen



Fertigkeiten auszubilden, wie z.B. die Fähigkeit, die eigene Meinung kurz und prägnant in der Öffentlichkeit darzulegen.

Verbunden dank einem spiralcurricularen Konzept

Neu für viele Mitgliederländer des Europarates ist zudem, dass die Materialien mit dem Ansatz eines Spiralcurriculums arbeiten. Konkret heisst das, dass die drei Bände für die Primarstufe und für die Sekundarstufen I und II jeweils rund um dieselben Schlüsselkonzepte aufgebaut sind. Damit stellt sich nicht die Frage, in welcher Stufe beispielsweise ein Schlüsselkonzept wie «Regierung», «Gerechtigkeit» oder «Konflikt» thematisiert werden soll. In diesen Materialien wird gezeigt, dass diese Inhalte in allen Stufen altersgerecht umgesetzt werden sollen. Auch eine Unterstufenschülerin erlebt Hierarchien, Ungerechtigkeit und Auseinandersetzungen. Nur wird sie es anders verstehen als der Jugendliche, der kurz davor steht, stimm- und wahlberechtigt zu sein.

Durch die Fokussierung auf Konzepte folgen die Handbücher einem klassischen didakti-

schen Ansatz der politischen Bildung und anderer Bildungsbereiche. Konzepte werden zwar von Theorien abgeleitet, sie bilden aber beim Unterrichten und Lernen noch keinen systematischen, theoretischen Bezugsrahmen. Sie werden vielmehr ausgewählt, weil sie für Lernende nützliche Instrumente darstellen. Das gilt im Besonderen für Zahlen und Fakten, die die Lernenden ansonsten auswendig lernen müssten. Konzepte sind auch beim Lesen der Zeitung oder Hören der Nachrichten hilfreich, weil eine Fragestellung vor allem dann bedeutsam wird, wenn sie mit einem der Konzepte wie Demokratie, Macht, Konflikt oder Verantwortung in Verbindung gebracht werden kann. Konzepte sind deshalb ein wesentlicher Bestandteil in der Bildung informierter Bürgerinnen und Bürger.

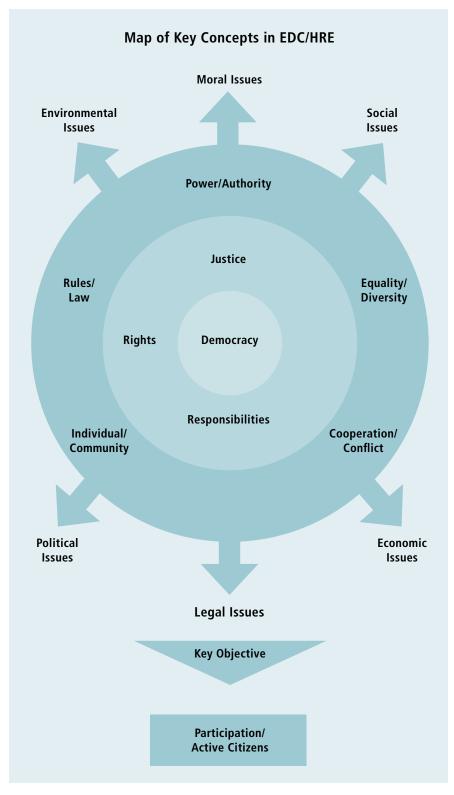
Wie verstehen und verwenden Lernende die Schlüsselkonzepte?

Denken und Lernen hat viel mit dem Verbinden von Konkretem und Abstraktem zu tun.
Konzepte sind abstrakte, generalisierte
Produkte, die aus Analysen und Überlegungen hervorgegangen sind. Lernende können
Konzepte verstehen, indem sie zwei Heran-

gehensweisen wählen, die deduktive und die induktive. Der deduktive Ansatz fängt mit einem Konzept an, das durch einen Vortrag oder einen Text eingeführt wird, und wendet es dann auf etwas Konkretes an, wie z. B. eine Fragestellung oder eine Erfahrung. Der induktive Ansatz bewegt sich auf dem umgekehrten Weg, er fängt mit dem Konkreten an und geht zum Abstrakten über. Die Schlüsselkonzepte werden deshalb aus konkreten Beispielen entwickelt - oft sind es Geschichten oder Fallbeispiele. Wenn Schülerinnen und Schüler diskutieren, für welches generelle Prinzip ein Beispiel steht, so suchen sie nach einem Konzept, das diese generellen Aspekte umfasst. Die Lehrperson entscheidet wann und wie das Konzept eingeführt wird. Konzepte sind Instrumente, die das Verständnis erleichtern und die von Lernenden auf neue Themen übertragen werden können.

Die Konzeptkarte auf Seite 8, die aus konzentrischen Kreisen besteht, zeigt, wie die Schlüsselkonzepte verwendet werden.

Demokratie steht im Zentrum der Karte, um zu zeigen, dass dieses Konzept in jedem Kontext der Demokratie- und Menschenrechtsbildung vorkommt. Partizipation durch



Neun Schlüsselkonzepte der politischen Bildung stehen im Zentrum der Buchreihe.

aktive Bürger und Bürgerinnen in der demokratischen Gesellschaft ist das Schlüsselziel der Demokratie- und Menschenrechtsbildung, was sich auch in der zentralen Position dieses Konzeptes widerspiegelt.

Im nächsten Kreis befinden sich drei Schlüsselelemente der Demokratie: Rechte, Verantwortung und Gerechtigkeit. Sie beziehen sich auf drei voneinander abhängige und wichtige Bedingungen, die in einer funktionierenden Demokratie erfüllt sein müssen.

Allen Bürgerinnen und Bürgern müssen die fundamentalen (Menschen-)Rechte zugestanden werden, und sie wiederum müssen diese aktiv nutzen. Dies ermöglicht ihnen, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, wie z.B. das Wahlrecht, die Meinungs- und Pressefreiheit, die Gleichheit vor dem Recht usw. Demokratie ist eine kompetitive Angelegenheit – es gibt Konkurrenz zwischen Interessen, Ideen und Wertvorstellungen und wertvolle Güter sind knapp. Solche Mechanismen müssen Studierende Schritt für Schritt erkennen. Dazu gehört auch, dass ihnen klar wird, dass die Möglichkeiten, besonders in wettbewerbsorientierten Marktwirtschaften, die Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, ungleich verteilt sind und bleiben. Das Gleiche gilt auch für die Verteilung von Wohlfahrt und Chancen in einer Gesellschaft. Bürgerinnen und Bürger können und sollen von ihren Rechten Gebrauch machen, um ihre Interessen zu verteidigen, aber keine Gemeinschaft kann überleben, wenn ihre Mitglieder nicht bereit sind, füreinander und für die gemeinsamen Interessen zu sorgen (Verantwortung).

Dieser kurze Überblick zeigt, dass die Konzepte nicht alleine stehen, sondern auch durch Spannungen miteinander verbunden sind, die ausgeglichen und deshalb auch verstanden werden müssen. Die anderen Konzepte, die sich im äusseren Kreis befinden, sind auf vielfältige Weise mit diesen Kern-

konzepten und miteinander verbunden. Die Pfeile, die nach aussen zeigen, deuten darauf hin, dass alle diese Konzepte bei verschiedenen Fragestellungen verwendet werden können – z. B. bei moralischen, sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen, politischen oder auch solchen, die mit der Umwelt zusammenhängen.

Veröffentlichung Step by Step

Vielleicht mag das beschriebene Konzept ein bisschen gar konstruiert erscheinen. Es ist jedenfalls das Ergebnis breiter und intensiver Diskussionen und Testphasen in vielen Mitgliederländern des Europarates. Herausforderung ist, dass die sechs Handbücher ein Instrumentenkoffer sind, die Unterstützung bieten und gleichzeitig eine Wegleitung für politische Entscheidungsträger, Bildungsexperten und Lehrpersonen, die die Demokratiebildung in ihrem Schulsystem stärken möchten.

Zwei Bände sind bereits erschienen. Auf der Website des Europarates wird regelmässig darüber informiert (http://www.coe.int/t/dg4/ education/edc/default_EN.asp). Es ist geplant, alle sechs Bände in Form einer Lehrmittelbox herauszugeben, allerdings werden die einzelnen Werke laufend von Mitgliederländern übersetzt und an die eigenen Bedürfnisse adaptiert. So wurden diverse Kapitel ins Russische, Albanische, Mazedonische, Serbische und Moldawische übersetzt und bereits erprobt. Das IPE wird diesen Prozess für möglichst viele Mitgliederländer des Europarates begleiten und unterstützen (aktuell in Mazedonien, Kosovo und Ukraine). Eine deutsche Übersetzung wird das nächste Ziel sein.

Sabrina Marruncheddu (wissenschaftliche Mitarbeiterin) und Rolf Gollob (Co-Leiter) arbeiten für das Institut IPE an der Pädagogischen Hochschule Zürich (www.phzh.ch/ipe)

EDC/HRE Volume I

Educating for Democracy

Background materials on democratic citizenship and human rights education for teachers.
(Veröffentlichung Ende 2009)

EDC/HRE Volume II

Growing up in democracy

Lesson plans for primary level on democratic citizenship and human rights (Veröffentlichung Ende 2009)

EDC/HRE Volume III

Living in democracy

Lesson plans for lower secondary level on democratic citizenship and human rights (veröffentlicht)

EDC/HRE Volume IV

Taking part in democracy

Lesson plans for upper secondary level on democratic citizenship and human rights (Veröffentlichung Ende 2009)

EDC/HRE Volume V

Exploring children's rights

Nine short projects for primary level (veröffentlicht)

EDC/HRE Volume VI

Teaching democracy

A collection of models for democratic citizenship and human rights education (Veröffentlichung April 2009)

Die sechs Bände kommen Schritt für Schritt heraus und sind über den Europarat oder im Buchhandel erhältlich (http://www.coe. int/t/dg4/education/edc/default_EN.asp).

Das IPE in der internationalen Bildungsdiskussion

Die Gründung des Instituts International Projects in Education (IPE) ist Ausdruck des Engagements der PHZH in der pädagogischen Entwicklungszusammenarbeit. Sein Hauptauftrag besteht darin, einen aktiven Beitrag zur Schulentwicklung zu leisten, indem das umfangreiche Wissen von PHZH-Mitarbeitenden nach aussen transferiert und für Dritte in Schwellenund Entwicklungsländern nutzbar gemacht wird. Im Sinne des Mottos des IPE «Weil Bildung allen gehört» hofft die PHZH, so auch etwas zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele beisteuern zu können, denn Bildung ist nicht nur Menschenrecht, sondern eine der effizientesten Arten, Armut zu bekämpfen.

Obwohl in letzter Zeit beachtliche Fortschritte gemacht wurden, gehen weltweit noch immer 77 Millionen Kinder nicht zur Schule und 800 Millionen Menschen können nicht lesen und schreiben. Die von den Vereinten Nationen in ihrer Millenniumserklärung beschlossene Einführung der Primarschulbildung für alle Jungen und Mädchen bis 2015 soll so tatkräftig unterstützt werden.